

Liberaler Impulse

Aktuelle Fragen aus Wirtschafts-, Sozial-, Europa- und Sicherheitspolitik Wien, September 2008 Nr. 03/08

Gerulf Stix

Flott unterwegs in die Populismus-Falle

Populismus zwecks Stimmen-Maximierung

Bei der Suche nach den Ursachen für diese massive Politverdrossenheit wird man sicher auf mehr als eine stoßen. Eine davon scheint mir jedoch von besonderem Gewicht zu sein, weil sie sich überall durchzieht, und diese möchte ich hier isoliert herausheben und sezieren. Betrachten wir also den mittlerweile durchgängig praktizierten Populismus.

Der sowohl als Parteiführer wie als Bundeskanzler gescheiterte Gusenbauer hat seine ersten schweren Rückschläge bekanntlich durch die Nichteinhaltung vorher gemachter Wahlversprechungen erlitten. Weder kam es zur Abschaffung der Studiengebühren noch zum Ausstieg aus dem Kauf der Abfangjäger (Eurofighter). Ohne auf Einzelheiten einzugehen, kann vereinfachend gesagt werden, dass in diesen Fällen den Wählern zum Zwecke des Stimmenfanges Maßnahmen versprochen worden waren, deren Unmöglichkeit zumindest im Falle des Eurofighters Fachkundigen von vornherein klar war. Sodann wurde den Wählern vorgegaukelt, dass eine Große Koalition besonders gut geeignet sei, schwierige Probleme zu lösen. Tatsächlich ist jedem politischen Sachkenner seit langem bekannt, dass Große Koalitionen nur in Ausnahmefällen große Probleme gut lösen können (Beispiel: Staatsvertrag 1955), während sie ansonsten hauptsächlich erstens im gegenseitigen Blockieren und zweitens bei der wechselseitigen Zementierung ihrer Machtbereiche gut sind.

Die politischen Blüten der Preisinflation

Jüngstes Anschauungsmaterial für schier hemmungslosen Populismus bieten die politischen Debatten rund um die stärkere Inflation und da besonders um die Treibstoffpreise. Politiker aller Couleurs verlangen Preiskontrollen, massive staatliche Regelung usw. Den Vogel hat dabei das BZÖ unter Haider und Westenthaler abgeschossen, indem es ein Volksbegehren „Preisstopp jetzt“ ankündigte, dessen Kernpunkt ein amtlicher Preisstopp für

Benzin und Diesel ist. Auch die Strache-FPÖ spricht sich für Preisregulierungen aus, die sozialistischen Politiker sowieso. Das ist Populismus pur entgegen jedem Sachverstand. Abgesehen davon, dass auch ein erfolgreiches Volksbegehren nur bewirkt, dass sich Nationalrat und Regierung damit befassen müssen, ist das Verlangen nach einem inländischen Preisstopp angesichts der Auslandsabhängigkeit bei Erdöl geradezu absurd. Die Ölscheichs und Gasprom lachen sich da höchstens kaputt. Hinzu kommt die ernste wirtschaftliche Erkenntnis, dass die relativ zur steigenden Nachfrage unaufhaltsam zur Neige gehenden Ölvorkommen die Verbraucherpreise hinaufschrauben müssen, damit rechtzeitig Umstellungsmaßnahmen eingeleitet werden. Wirklich verantwortungsbewusste Politiker hätten die Aufgabe, ihre Völker auf diese wirklich schwierige Entwicklung vorzubereiten. Was aber machen „die Politiker“ stattdessen? Sie schielen auf kurzfristige Stimmenmaximierung und betreiben ungeniert Populismus entgegen besserem Wissen!

Aus Fehlern nichts gelernt

Gerade Aufstieg und Fall der FPÖ unter Dr. Jörg Haider bieten reichhaltigen Anschauungsunterricht dafür, wohin schrankenloser Populismus letzten Endes führt. Sicherheit lassen sich in der ersten Phase mit rhetorisch gekonnt vorgetragenen populistischen Rezepten für die Lösung schwieriger Fragen schöne Wahlerfolge einheimsen. Es gibt genügend Wähler, die in der Sache unkritisch bis unwissend sind, aber schön klingenden Rezepten und scheinbar einfachen Lösungsvorschlägen gern zu folgen bereit sind.

Deren Stimmen lassen sich mit Populismus leicht einsammeln. Das haben Politiker immer wieder vorgeführt, so zum Beispiel auch Bruno Kreisky mit der Wehrdienstformel „Sechs Monate sind genug“; unter seiner Regierung wurden es dann neun Monate. Besonders eindrucksvoll war der Höhenflug des Populisten Haider. Aber nach dem Eintritt der Haider-FPÖ in die Regierungsverantwortung kam eben die Stunde der Wahrheit. Im harten Regierungsalltag blieb von den vollmundig propagierten

Lösungen ziemlich wenig übrig – obwohl die schwarz-blaue Regierung gar nicht so schlecht gearbeitet hat. Insgesamt war Haider in die Populismus-Falle geraten. Jeder wird abstürzen, der nach berauschend vollmundigen Ankündigungen dann in die konkrete Verantwortung gestellt, seine Versprechungen tatsächlich umzusetzen, klein beigeben muss, weil es die realen Möglichkeiten eben nicht zulassen. Leider wird aus diesen Erfahrungen sogar der jüngsten Zeit nichts gelernt. Weiteres Beispiel gefällig?

Illusionen über die Sozialversicherung

So wie schon die Haider-FPÖ empfiehlt auch die Strache-FPÖ zur Lösung der großen Finanzierungsprobleme der Sozialversicherung einfach die Zusammenlegung der vielen einzelnen Versicherungsanstalten. Damit ließen sich, durchaus richtig, gewisse Einsparungen erreichen – wenn es sachgerecht organisiert wird. Hingegen ist es völlig falsch, davon die Lösung der großen Probleme der Sozialversicherung zu erwarten. Der Verwaltungsaufwand aller Sozialversicherungsanstalten zusammen genommen liegt unter 3 % ihres Gesamtumsatzes. Durch Zusammenlegung könnte vielleicht 1 Prozentpunkt eingespart werden. Diese Größenordnung reicht jedoch mit Sicherheit nicht aus, um die weitaus größeren Finanzprobleme der Sozialversicherung nachhaltig zu lösen! Mit anderen Worten: Wer verspricht, einfach durch Zusammenlegung der Kassen deren Probleme zu lösen, wird dieses Versprechen nicht einhalten können, wenn ihm die Wähler gutgläubig die Gelegenheit verschaffen, dann auch zur Tat zu schreiten. Er betreibt Populismus: Die Stimmenmaximierung kann gelingen, aber die danach folgende Wählerenttäuschung und somit der Absturz des Populisten sind vorprogrammiert.

Der Ruf nach dem starken Mann

Alle diese Beispiele könnten als einseitig missverstanden werden, doch stehen sie pars pro toto. Denn leider hat dieses Populismus-Virus praktisch alle Parteien ange-

steckt. Kein Wunder also, wenn die durch unhaltbare Wahlversprechungen ständig getäuschten Wähler auf diese Parteipolitik in Bausch und Bogen mit Wut, Ablehnung und Frustration reagieren.

Die derzeitige Hochkonjunktur für wortstarke Protestierer vom Schlage eines Dinkhauser ist nur Ausfluss der allgemeinen Verbitterung. Unglücklicherweise gleicht

diese Bereitschaft, lautstarke Protestierer zu unterstützen, dem Versuch, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Denn Dinkhauser – auch er steht hier nur als Beispiel – ist nichts als ein volkstümlicher Phrasendrescher ohne ein Konzept für sachdienliche, zukunftssträchtige Politik. Daher wird auch diese Konjunkturwelle für populistische Protestierer aller Art in eine allgemeine Enttäuschung münden und im

Endergebnis die herrschende Frustration über „die Politik“ nur noch vergrößern. Dann wird immer lauter der Ruf nach dem „starken Mann“ erschallen und dann werden die politischen Zeitverhältnisse wirklich gefährlich. Alle demokratischen Politiker, die eine solche Entwicklung nicht wollen, sind gut beraten, wenn sie sofort damit aufhören, mit der billigen Populismus-Masche auf Wählerfang zu gehen.

Dr. Gerulf Stix, 1935, Tirol, war 19 Jahre Abgeordneter zum Nationalrat und 3. Präsident des Nationalrats.

Nachdruck aus: GENIUS-LESESTÜCK (Lesestücke für ein Freiheitliches Europa) Nr. 1/August 2008, www.genius.co.at.

Genius Lesestücke können abonniert werden unter:

Genius – Gesellschaft für freiheitliches Denken, A-1030 Wien, Hegergasse 3/7, Telefon 01/798 21 51 und Fax 01/798 21 51-22, E-Mail: verein@genius.co.at

Wolfgang A. Wiesner

VERMÖGENSZUWACHSBESTEUERUNG ?

Im Moment ist die politische Diskussion betreffend der Einführung einer „Vermögenszuwachssteuer“ zum Erliegen gekommen. Dies hauptsächlich dadurch, dass Österreich eine handlungsfähige Regierung zu suchen hat. Vom Tisch ist dieses Thema jedoch leider noch lange nicht!

In den vergangenen politischen Debatten war nicht erkennbar, was unter einer „Vermögenszuwachsbesteuerung“ tatsächlich zu verstehen ist. Sämtliche Vorstellungen über die Ziele und die Ausgestaltung einer solchen Besteuerung scheinen völlig diffus. Einerseits wird behauptet, dass eine solche Besteuerung die Gleichmäßigkeit der Besteuerung von Kapitalvermögen besser gewährleisten könne, andererseits soll diese „neue Steuer“ zur dauerhaften Finanzierung und Gesundung des Gesundheitssystems beitragen! Interessanterweise wird die Diskussion über die Einführung dieser Steuer zu Beginn von Überlegungen über ein so genanntes „Entlastungspaket“ geführt!

Generell gilt, dass sämtlicher Zuwachs von Vermögen im Rahmen der betrieblichen Einkünfte bereits nach den geltenden Bestimmungen des Einkommen- bzw. Körperschaftsteuerrechtes besteuert wird. Im außerbetrieblichen Bereich unterliegen Erträge aus Vermögenszuwachs gemäß § 15 Abs. 1 EStG nur dann der Besteuerung, wenn dies ausdrücklich angeordnet ist. Anzuführen sind noch so genannte Spekulationsgewinne gemäß § 30 EStG oder Gewinne aus der Veräußerung von Beteiligungen gemäß § 31 EStG. Spekulationsgewinne sind Gewinne aus Veräußerungsgeschäften, bei denen der Zeitraum zwischen Veräußerung und Anschaffung bei Wirtschaftsgütern, insbesondere Wertpapieren, nicht mehr als ein Jahr beträgt, bei Grundstücken nicht mehr als 10 bzw. 15 Jahre. Gewinne aus der

Veräußerung von Beteiligungen an Körperschaften werden bei natürlichen Personen grundsätzlich mit dem halben individuellen Durchschnittssteuersatz besteuert, wenn der Veräußerer innerhalb der letzten fünf Jahre zumindest mit einem Prozent beteiligt war.

Darüber hinaus werden, wenn durch Wegzug aus der Steuerpflicht das Besteuerungsrecht Österreichs an ein anderes Land verloren geht, die stillen Reserven auch ohne Veräußerung der Anteile besteuert – sogenannte „Wegzugsbesteuerung“.

Ein völlig ungelöstes Problem in der Praxis stellt die Abgrenzung von Veräußerungsgewinnen aufgrund von Wertsteigerungen des Stammes bei Kapitalanlagen gegenüber den Einkünften aus Kapitalvermögen, welche als Früchte von Kapitalanlagen anfallen, dar. Die Einführung einer Vermögenszuwachssteuer würde keinesfalls den Kapitalmarkt beleben, im Gegenteil, sie würde dem Gedanken der Eigenvorsorge und der Aktienkultur schaden. Es sollte vielmehr der Eigenvorsorgegedanke der Bevölkerung gestärkt werden, zumal die staatliche Pension einer eher ungeklärten Zukunft entgegengeht. Eine Vermögenszuwachsbesteuerung würde primär den Mittelstand treffen, der jetzt schon ca. 60% der gesamten Steuerbelastung zu tragen hat. Nicht zu vergessen ist auch, dass jede steuerliche Belastung von Kapitalanlagen, die bisher nicht bestanden hat, diese im Vergleich zu anderen Kapitalanlagen im In- und Ausland unattraktiver machen würde. Vergessen darf auch nicht werden, dass in den letzten Jahren die private Pensionsvorsorge von der Regierung und vom Gesetzgeber durch steuerliche Förderungen unterstützt wurde. Wesentlicher Pfeiler dieser Pensionsvorsorge ist auch eine Ertragsgenerierung durch

Wertsteigerungen von Kapitalveranlagungen. Diese Wertsteigerungen waren bislang weitgehend steuerfrei bzw. mit geringen Steuern belastet. Bei der Einführung einer Vermögenszuwachsbesteuerung würden die Renditeerwartungen dieser Kapitalanlagen langfristig rigoros beschnitten. Es kann nicht sein, dass jene bestraft werden würden, die die jahrelang propagierte private Altersvorsorge ernst genommen haben.

Völlig absurd scheint der Gedanke zu sein, die diskutierte Vermögenszuwachssteuer könne das Gesundheitswesen finanzieren helfen. Nach bisherigen groben Berechnungen würde eine Vermögenszuwachsbesteuerung im Jahr ca. € 150 Mio. bis € 200 Mio. an Steuereinnahmen bringen. Die Gesundheitskosten betragen jedoch im Jahr ca. € 25 Mrd.! Jede Milchmädchenrechnung würde leicht ergeben, dass die Einsparung nur von wenigen Prozenten beim Gesundheitswesen wesentlich mehr bringen würde, als die Erfindung einer neuen Steuer. Auch ist zu beachten, dass eine Steuer auf den Zuwachs von Aktien- und Fondsvermögen keinen kontinuierlichen Ertrag bringt und in schwierigen Börsenzeiten, wie sie derzeit vorherrschen, auch völlig ausfallen können. Dazu kommt noch, dass nahezu 70 % der Österreicher die Einführung einer solchen Steuer ablehnen. Bei einer solchen massiven Ablehnung der Einführung einer Steuer würden nur wieder alle jene auf den Plan gerufen, die mit allen verbotenen und unmöglichen Tricks versuchen würden, diese Besteuerung zu umgehen. Der Gedanke, dass man mit einer solchen Besteuerung das so genannte „angefeindete“ Großkapital trifft, ist ein Wunschgedanke! Dieses Kapital befindet sich in Unternehmungen und Stiftungen. Zu befürchten ist, dass nach den Wahlen über die Einführung einer solchen Zuwachssteuer sicher wieder lebhaft diskutiert werden wird, fest steht jedoch, dass eine solche Steuer keinesfalls die verfolgten politischen Ziele verwirklichen kann. Denn der Vermögenszuwachs wird ohnehin bereits teilweise versteuert.

Erich Reiter

Das Interesse der Österreicher an Wissenschaft, Forschung und Fortschritt

Interesse an Wissenschaft und Forschung

Unter Experten besteht Einvernehmen darüber, dass die Forschungs- und Innovationsfreudigkeit einer Nation eine wichtige Voraussetzung für ihre wirtschaftliche Behauptung im Konzert der Völker darstellt. Wir wollten wissen, wie groß das Interesse der Österreicher an Wissenschaft und Forschung eigentlich ist.

Die folgenden Fragen waren Teil einer vom ILLP bei IMAS-International, Linz, in Auftrag gegebenen Umfrage unter dem Titel „*Politische Denkmuster*“.¹

Das Ergebnis der Nachschau berechtigt nicht zu übermäßigem Jubel, denn nur jeder vierte Erwachsene interessiert sich sehr dafür, was in Wissenschaft und Forschung vor sich geht, weitere 35 Prozent hatten ein beiläufiges Interesse für diese Dinge, bei den restlichen 40 Prozent war es so gut wie gar nicht vorhanden.

Ungeachtet der eher schwachen persönlichen Neugier an Wissenschaft und Forschung deklamierte aber immerhin eine 48 Prozent starke relative Mehrheit, es sollte in Österreich mehr auf diesem Gebiet getan werden. Lediglich 26 Prozent hielten die bisherigen Anstrengungen für ausreichend. In größter Zahl setzten sich Selbständige und Freiberufler, außerdem Maturanten und Akademiker sowie die Sympathisanten der Grünen für mehr Forschungsdynamik ein. Noch relativ hoch ist das Eintreten für Wissenschaft und Forschung auch bei den ÖVP-Anhängern und den Freiheitlichen, ziemlich schwach hingegen bei den Sozialdemokraten.

Etwas beklemmend wirkt es, dass auch die Angehörigen der jungen Generation eine unter dem Bevölkerungsdurchschnitt liegende Neigung für den Problemkomplex besaßen.

DAS INTERESSE AN WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

FRAGE:

„Interessiert es Sie im allgemeinen, was in Wissenschaft und Forschung vor sich geht, oder interessieren Sie solche Dinge eigentlich weniger?“

Bevölkerung insgesamt	Interessiert mich sehr	Interessiert mich etwas	Interessiert mich nicht besonders	Interessiert mich gar nicht
= 99 %	24 %	35 %	27 %	13 %

DIE ANSTRENGUNGEN IN WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

FRAGE: „Haben Sie das Gefühl, dass in Österreich genug getan wird, um in Wissenschaft und Technik mit den anderen Industrienationen mithalten zu können, oder sollte Ihrer Meinung nach noch mehr auf diesem Gebiet getan werden?“

Bevölkerung insgesamt	Wird genug getan	Müsste noch mehr getan werden	Unentschieden
= 100 %	26 %	48 %	26 %

Fortschrittserwartungen

Fortschritt bedeutete in den Augen der Österreicher in erster Linie den Sieg über unheilbare Krankheiten (Krebs und AIDS), Entwicklung wirksamer Medikamente gegen Alzheimer, Demenz und andere Alterserscheinungen, Entdeckung neuer umweltfreundlicher Energieformen, Techniken, mit denen man die Treibhausgase vernichten und die Erderwärmung stoppen kann sowie Möglichkeiten zur Rückgewinnung des Rohstoffs aus dem Abfall. Große Hoffnungen setzte die Bevölkerung überdies auf Techniken, mit denen angeborene Behinderungen behoben werden können und auf neuartige Lebensmittel, um den Hunger in der Welt zu beseitigen.

Vergleichsweise zweitrangig erschienen den Österreichern u. a. Medikamente, die das Leben deutlich verlängern oder Haushaltsgüter, die den Frauen die Arbeit erleichtern. Noch weit weniger wogen Erkenntnisse über andere Gestirne, oder darüber, wie die Welt entstanden ist und ob es ein Weiterleben nach dem Tod gibt. Am allergeringsten war das Bedürfnis nach Robotern, die alle Arbeiten des Menschen übernehmen.

Nur 11 Prozent hielten die Perfektionierung der Robotertechnik für besonders wünschenswert. Das Interesse war also auf praktischen und direkt ersichtlichen Nutzen aus der Forschung konzentriert. Grundlegende Erkenntnisse sind wenig gefragt.

¹ IMAS-Umfrage 4726: Österreichweite Umfrage bei 1042 Personen, die in ihrer Zusammensetzung der österreichischen Bevölkerung ab 16 Jahren entsprachen: April 2007

DIE BEDEUTUNG VON FORSCHUNGSZIELEN UND ERFINDUNGEN

FRAGE: „Auf dieser Liste steht Verschiedenes, was man vielleicht noch erforschen oder erfinden könnte.

Was halten Sie für ganz besonders wichtig?

Bitte nennen Sie mir die Dinge, die Sie sich persönlich am allermeisten wünschen würden.“ (Vorlage einer Liste)

	In % der Bevölkerung insgesamt
Wirksame Mittel gegen Krebs	78
Medikamente, die Alzheimer, Demenz und andere Alterserscheinungen verhindern	68
Impfschutz gegen Aids	67
Autos, die ohne Benzin oder Diesel auskommen	62
Neue Energieformen als Ersatz für das Erdöl	62
Techniken, mit denen man die Treibhausgase vernichten und die Erderwärmung (Klimawandel) stoppen kann	52
Technische Möglichkeiten, um Rohstoffe aus dem Abfall zurück zu gewinnen.	52
Medizinische Techniken, mit denen angeborene Behinderungen behoben werden könnten	48
Neuartige Lebensmittel, die den Hunger in der Welt beseitigen	46
Techniken, die terroristische Attentate unmöglich machen	43
Technologien, die Autozusammenstöße unmöglich machen	35
Medikamente, die das Leben bedeutend verlängern	33
Haushaltsgeräte, die die Arbeit der Frauen erleichtern	29
Mittel, die das Lernen mühelos machen	25
Erkenntnisse darüber, ob es auf anderen Gestirnen auch Lebewesen gibt	19
Erkenntnisse darüber, ob es ein Weiterleben nach dem Tod gibt	19
Genaueres Wissen darüber, wie die Welt entstanden ist	17
Roboter, die alle körperliche Arbeit der Menschen übernehmen	11

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und proeuropäischer Think-Tank für Österreich.
 Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms
 lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen.
 Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.

Impressum:

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für liberale Politik Wien
 Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.Prof.DDr. Erich Reiter
 Alle: Fleischmarkt 18/15, 1010 Wien
 Gesamtherstellung: Offsetdruck Ing. H. Kurz GmbH, A-8665 Langenwang